

Auf den giftigen Spuren Syngentas



Public Eye

 Erklärung von Bern



Gegen das Unrecht angehen

«Natürlich, Sir, sind wir wütend», sagte mir Nerie Jose Taña. Eben hatte er zwischen Ölpalmen vorgezeigt, wie die Frauen, Männer und Kinder aus seinem Dorf jahrelang Pestizide versprüht hatten – ohne je wirklich geschult worden zu sein und ohne zu wissen, wie giftig diese Pflanzenschutzmittel sind. Nun steht die Plantage still, und die Bewohnerinnen und Bewohner Kaanibungans sind mit ihren gesundheitlichen Problemen alleine.

Das Dorf auf der philippinischen Insel Mindanao liegt gerade mal hundert Kilometer entfernt von Marawi, der Stadt, die einige Wochen nach unserem Treffen in die Schlagzeilen geriet, als die ersten Bomben fielen im Kampf der Regierung Duterte gegen islamistische Rebellen. Geschichten wie jene aus Kaanibungan dagegen schaffen es kaum je auf die Titelseiten oder in die Hauptnachrichten. Aber sie ereignen sich tausendfach. 200 000 Menschen sterben pro Jahr durch Vergiftungen mit Pestiziden, 99 Prozent davon in Entwicklungsländern, schätzt die UNO.

Das Los der Menschen in Kaanibungan macht genauso betroffen wie die Ignoranz von Konzernen wie Syngenta: Die Marktführerin im Paraquat-Geschäft verkauft ihren giftigen und bei uns längst verbotenen Kassenschlager nach wie vor überallhin, wo sie noch darf – ohne eine sichere Anwendung gewährleisten zu können. Das ist auch deshalb möglich, weil sich der Bundesrat davor scheut, Konzerne mit Sitz in der Schweiz verbindlich dazu zu verpflichten, die Menschenrechte überall zu respektieren. Die von uns mitlancierte Konzernverantwortungsinitiative lehnt er ab. Ein Entscheid, der primär von einem «Mangel an politischem Unrechtsempfinden» zeugt, sagt der Polit-Künstler Milo Rau im Interview in diesem Heft.

Doch das Unrecht geschieht, und betroffen wegschauen hilft nicht. Deshalb werden wir uns 2018, im Jahr unseres 50-jährigen Bestehens, gemeinsam mit Ihnen erst recht für die Anliegen unserer Initiative stark machen – und die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen weiter ganz genau im Auge behalten.

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelt Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch kein Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Auf den giftigen Spuren Syngentas

Verführt, vergiftet, verlassen

Eine Geschichte aus den Philippinen ▶ [S. 4](#)

Die Giftrouten

Dahin liefert Syngenta ihr Pestizid ▶ [S. 10](#)

Der Anfang vom Ende?

Brasilien hat genug von Paraquat ▶ [S. 11](#)

Verheerende Monokulturen

Das Palmöl und die Schweiz ▶ [S. 13](#)

Zurück an den Absender

Nach sechsjährigen erfolglosen Verhandlungen wird die Schweiz die blockierten Gelder des Mubarak-Clans wohl freigeben müssen – das ägyptische Volk dürfte leer ausgehen. Die Aufzeichnung eines Ohnmachtstheaters. ▶ [S. 14](#)

Mit Kunst gegen die Ohnmacht

Im «Kongo Tribunal» liess der Berner Regisseur Milo Rau drei Fälle von Menschenrechtsverletzungen verhandeln – mit echten Akteurinnen und Akteuren. Gespräch mit einem Getriebenen. ▶ [S. 18](#)

Gunvor und die Wahrheit

Wie die Genfer Firma auf unsere Enthüllungen reagierte – eine persönliche Analyse. ▶ [S. 21](#)

Die Komplizin

Die russophile Agathe Duparc recherchierte mit uns zu Gunvors luschen Deals. ▶ [S. 24](#)

Die WTO

An der Ministerkonferenz dürften ärmere Länder erneut kaum Gehör finden. ▶ [S. 26](#)



Der Bauer und ehemalige Plantagenarbeiter Nerie Jose Taña mit übrig gebliebenem Paraquat in einer Konservendose. Wie alle anderen Bilder zu unserem Schwerpunkt Pestizide wurde auch dieses vom philippinischen Fotografen Renato A. Mabilin aufgenommen.

A photograph of a dirt road in a rural village. The road is made of reddish-brown earth and gravel, leading away from the viewer into the distance. On the left side, there are several small, simple houses with thatched roofs and walls made of bamboo or similar natural materials. The background shows more houses and lush green trees, including palm trees, under a clear sky. In the foreground, on the right side of the road, lies a dead, white pig, curled up on its side. The overall scene suggests a rural, possibly impoverished, setting.

Verführt, vergiftet, verlassen

Ölpalmlantagen waren für die Bauernfamilien im Süden der Philippinen ein Versprechen auf eine bessere Zukunft. Doch mit den Palmen kamen die Probleme. Eines davon: giftige Pestizide aus der Schweiz. Eine exemplarische Geschichte.

TEXT: TIMO KOLLBRUNNER

Vom Syngenta-Hauptsitz ist Kaanibungan weit, weit weg. 11310 Kilometer Luftlinie sind es zwischen Basel und dem etwas über hundert Haushalte zählenden Dorf. Um dorthin zu kommen, nimmt man den Flieger über die arabische Halbinsel und die philippinische Hauptstadt Manila nach Cagayan de Oro; eine Stadt auf Mindanao, der südlichsten der drei Hauptinseln der Philippinen. Dort besteigt man einen Bus und fährt zwei Stunden in Richtung Osten, wo man sich auf den Gepäckträger des Motorrads eines Jünglings setzt. Der fährt einen über staubige, in die Wildheit des Waldes geschneiste Wege ins Waldesinnere, zügig und geschickt. Hie und da überholt man einen der vor sich hin

schleichenden Lastwagen mit den schönen Botschaften, zum Beispiel «Follow the Lord» vorne an der Kühlerhaube und hinten am Heck «Keep Distance». Wenn der Motorradschlauch die Tortur unbeschadet übersteht, kommt man nach zweieinhalb Stunden an im Dörfchen Kaanibungan und wird von den Einheimischen neugierig gemustert.

Hart und entbehrungsreich

Das Leben hier ist einfach, die Menschen hausen in Bambushütten, Strom gibt es erst seit kurzer Zeit. Die Toiletten führen direkt in den Lehm Boden, der Brennstoff für die Motorradtanks erreicht das Dorf in gläsernen

1-Liter-Colafaschen. Die Bewohner gehören zum indigenen Stamm der Higaonon, was mit «das Volk der lebenden Berge» oder auch «das Volk aus der Wildnis» übersetzt werden kann. Bis vor gut zehn Jahren lebten sie ein Leben, das man sich hart und entbehrungsreich, aber auch als im Einklang mit der sie umgebenden Wildnis vorstellt. Sie versorgten sich von dem, was die Böden rund um ihre Hütten hergaben, bauten Mais an und Reis, Süsskartoffeln und Maniok, Bananen, Kokosnüsse, Mangos. Dann kamen die Palmen. Und mit ihnen die Probleme.

Die Männer aus dem Dörfchen scharen sich auf der Veranda vor einer Hütte um die Besucher und beginnen zu erzählen. Warum sie sich auf diesen Deal einliessen, vor gut zehn Jahren, und ihr Land abtraten an ein philippinisch-amerikanisches Agrounternehmen: Knapp hundert Franken erhielten sie pro Hektare, insgesamt gaben sie das Nutzungsrecht an fast 900 Hektaren ab, auf 25 Jahre hinaus. «Was sie uns alles versprochen haben», sagt

«Gramoxone.» Das sagen fast alle Ex-Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter als erstes, als wir sie fragen, mit welchen Pestiziden sie hantiert hätten.

einer der Männer. «Sie», das ist das Agrounternehmen. Die Versprechen, gemäss der Männer: eine neue Strasse zum Dorf, Investitionen in bessere Behausungen, medizinische Versorgung, ein höheres Einkommen.

«Kein Versprechen gehalten»

Ab 2006 begannen etwa 180 Männer und drei Frauen des Dorfes für die Firma zu arbeiten. Sie gruben Löcher in die Böden, die nun nicht mehr ihre waren, einen Fuss breit und einen Fuss tief, und pflanzten die Setzlinge der einzigen Pflanzen, die hier fortan noch gedeihen sollten: Ölpalmen. Jahrelang arbeiteten sie für die Firma, sprayten und ernteten, doch der Traum eines besseren Lebens erfüllte sich nicht. «Kein Versprechen haben sie gehalten», sagt der Mann. Gerade mal drei Kinder hätten Unterstützung für das College bekommen, eine Ärztin oder einen Arzt gibt es hier nach wie vor nicht, die Strasse ist immer noch dieselbe.

Mitte 2016 schliesslich stellte die Firma den Betrieb der Plantage nach Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitenden ganz ein, aus ökonomischen Überlegungen offiziell. Seither sind die Dorfbewohner wieder auf sich gestellt, umgeben von Palmen, an denen Früchte wachsen, die man nicht essen kann. Sie sind gleich weit wie vor zehn Jahren, minus 900 Hektar Land. Und sie sind alleine gelassen mit den Krankheiten, für die sie eine Hauptursache benennen: das jahrelange Hantieren mit

giftigen Pflanzenschutzmitteln; darunter Paraquat, hergestellt von der Firma Syngenta mit Sitz in Basel.

«Gramoxone» in aller Munde

«Gramoxone.» Das sagen fast alle Ex-Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter als erstes, als wir sie fragen, mit welchen Pestiziden sie hantiert hätten. Als bläuliche, ölige, übel riechende Flüssigkeit beschreiben sie das Produkt. In den Philippinen ist auch generisches «Paraquat» im Umlauf, aber «Gramoxone» heisst einzig das Fabrikat, das von Syngenta, der Marktführerin in Sachen Paraquat, vertrieben wird. Es scheint also klar, dass die Sprayerinnen und Sprayer das Pestizid dieser Firma verwendeten. Von «Syngenta» allerdings haben die meisten noch nie gehört. Niemand von ihnen hat je einen Vertreter, eine Vertreterin des Unternehmens getroffen.

Vor der Hütte reden die früheren Plantagenarbeiter durcheinander, als sie die Folgen der Arbeit mit den Pestiziden aufzählen: Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, taube Glieder, das Gefühl von Nadelstichen auf der Haut, Sehschwächen, Atembeschwerden, verfärbte Nägel, getrübe oder doppelte Sicht. Einer präsentiert zwetschgengrosse und -farbige Flecken auf Oberarm und Bein. Die Gefahren von Paraquat sind hinlänglich bekannt. Nicht umsonst ist das Pflanzenschutzmittel mittlerweile in über fünfzig Ländern verboten, in der Schweiz seit 1989, in der EU seit 2007 (siehe Text auf Seite 11). Malaysia, das global zweitwichtigste und für die Schweiz wichtigste Produktionsland von Palmöl (zur Schweiz und Malaysia siehe Seite 13), hat schon vor fünfzehn Jahren, 2002, entschieden, Paraquat zu verbieten. Doch Pestizidkonzerne, unter ihnen Syngenta, und Plantagenbetreiber machten gemeinsam gegen das Verbot mobil. Mit Erfolg: 2006 wurde es wieder aufgehoben, bis heute wird das Herbizid in Malaysia grossflächig versprüht.

«Nicht rauchen»

Syngenta betont bei jeder Gelegenheit, Paraquat sei ungefährlich, wenn es vorschriftsgemäss eingesetzt werde. Im «Good Growth Plan», dem Plan für verantwortliches Wachstum, den das Unternehmen vor vier Jahren präsentiert hat, lautet eine von sechs Verpflichtungen: «Help people stay safe.» Oder, wie sie es auf Deutsch formulieren: «Gute Arbeitsschutzpraktiken vermitteln.» Konkret: Syngenta verpflichtet sich, bis 2020 zwanzig Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in Arbeitssicherheit zu schulen, insbesondere in Entwicklungsländern. Gemäss den Angaben in einer öffentlich einsehbaren Syngenta-Datenbank hat das Unternehmen zwischen Oktober 2013 und September 2016 in Südostasien insgesamt 1 865 709 Menschen in der sicheren Handhabung von Pestiziden geschult.

Aus Kaanibungan war niemand dabei. «Uns hat nie jemand gesagt, wie gefährlich diese Mittel sind», sagt Nerie Jose Taña, während er sich einen mit 16 Litern



Wasser gefüllten Tank auf den Rücken schnallt, um uns auf der verlassenen Plantage vorzuzeigen, wie er das Pestizid jeweils versprüht hat. Er ist als Präsident der lokalen Bauernvereinigung Kaanibungan Farmers Association so etwas wie der Sprecher des Dorfes. Nun läuft er im Kreis um die Palmenstämme, «Circle Spraying» heisst das. Dann schreitet er systematisch eine Fläche zwischen vier Stämmen ab. «Blanket Spraying» sage man dem. Eine wirkliche Schulung habe niemand der Arbeitenden erhalten, sagt er, als er wieder neben uns steht. Von der Personalagentur, die sie anstellte, seien ihnen lediglich Handschuhe abgegeben worden und Atemmasken, zudem habe man ihnen zwei Regeln eingebläut. «Sie sagten uns, wir dürften während des Sprayens nicht rauchen. Und wir dürften nicht zu nahe an die Palmen spraysen, weil die sonst eingingen. Das wars.»



Neben Nerie Jose Taña stehen die beiden Schwestern April Joy, neun Jahre alt, und Lovely, zehn, und halten Früchte der Ölpalmen in den Händen. Auch sie arbeiteten mit auf der Plantage: Sie sammelten die um die Palmenstämme verteilten, einzelnen Früchte zusammen, mit blossen Händen, genau dort, wo vorher die Pestizide versprüht worden waren. Die beiden Mädchen zeigen auf die Innenflächen ihrer Hände, auf die Handrücken und auf die Unterarme, «hier», sagen sie, habe es sie nach der Arbeit stets gejuckt, und schwindlig sei ihnen gewesen. Einzelfälle sind die beiden Mädchen, die nun zurück ins Dorf rennen, nicht. Das philippinische Center for Trade Unions and Human Rights kam vor fünf Jahren in einem Bericht zur Palmölindustrie im Nordosten Mindanaos zum Schluss, dass 24 Prozent aller Arbeitenden zwischen fünf und 17 Jahre alt waren.

«Das ist so hoffnungslos»

Ein Name fällt während unsers Besuchs mehrmals: Elvin Abres. «Geht zu ihm», sagen uns die Frauen und Männer, dann könnten wir sehen, was diese Pestizide anrichteten. Elvin Abres, 40 Jahre alt, sitzt in seiner kleinen Hütte im Rollstuhl. Sein Leben spielt sich auf geschätzten drei Quadratmetern ab. Denn den Rollstuhl draussen auf dem unebenen Lehmweg zu schieben, ist auch dann schier ein Ding der Unmöglichkeit, wenn es nicht sintflutartig regnet wie jetzt gerade, als er den Besuchern seine Geschichte erzählt.

Wie er vor fünfzehn Jahren begonnen habe, auf einer Bananenplantage zu arbeiten, tagein tagaus mit Pestiziden hantierte. Wie er 2006 auf der Ölpalmplantage zu arbeiten begann, Gramoxone sprühte und Glyphosat, Pestizide, von denen er nicht wusste, wie giftig sie sind. Wie er vor etwa sechs Jahren merkte, dass seine Hoden anschwellen und hart wurden, und dann, wie erst sein rechtes Bein, dann auch das linke taub wurden, er sie irgendwann kaum mehr spürte. Er wurde ins Spital gebracht, Hodenkrebs im Stadium 4 lautete die Diagnose.



Die Schwestern April Joy und Lovely arbeiteten auf den Plantagen Kaanibungans mit.



Nach jahrelangem Hantieren mit giftigen Pestiziden sitzt Elvin Abres im Rollstuhl.

Der Primärtumor wurde entfernt, dann war das Familienbudget erschöpft. Finanzielle Unterstützung erhielt Elvin Abres nicht, er wurde nach Hause gebracht und sitzt seither im Rollstuhl. Wohl habe der Krebs auf das Rückenmark übergegriffen, was die Lähmungen ausgelöst habe, erklärt der Aktivist und Arzt Dr. Romeo Quijano, mit dem wir den Mann besuchen (siehe Interview auf Seite 9). Das liesse sich überprüfen, mit einem MRI. Elvin Abres lächelt, als er sagt, er wünsche sich, dass er sich die Tomographie leisten könnte. Es ist kein hoffnungsvolles

«Sie sagten uns, wir dürften während des Sprayens nicht rauchen. Und wir dürften nicht zu nahe an die Palmen spraysen, weil die sonst eingingen. Das wars.»

Lächeln. Denn selbst wenn er das Geld zusammenkratzen könnte: Im wahrscheinlichsten Fall wüsste er danach, dass er tatsächlich einen Tumor im Rücken hat, der mit Chemo- oder Radiotherapie behandelt werden müsste, was er sich erst recht nicht leisten könnte.

Es sei davon auszugehen, sagt der Doktor, dass das jahrelange, schlecht geschützte Hantieren mit verschiedenen giftigen Pestiziden die Krebsbildung ausgelöst oder zumindest gefördert habe. Beweisen freilich

lässt sich das nicht. An die Option, an die Firmen, die diese Pestizide herstellen, Ansprüche stellen zu können, denkt Elvin Abres schon gar nicht. Doktor Quijano empfiehlt ihm zwei Heilpflanzen, mehr kann er nicht tun, dann gehen wir aus der Hütte, und der Arzt, der sonst fast pausenlos redet, schweigt nun lange. Dann sagt er: «Das ist so hoffnungslos. Du weisst gar nicht, wie viele solche Fälle wir antreffen. Manchmal fühlt man sich einfach nur hilflos.»

Wirtschaft vor Menschenrechten

Weit weg von Mindanao, in Bern, wollte die Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) vom Bundesrat unlängst wissen, ob er nicht auch der Ansicht sei, «dass es in der Verantwortung von Syngenta liegt, sicherzustellen, dass ihre Pestizide keine nachteiligen Auswirkungen auf die Menschenrechte haben, oder, falls dies der Fall ist, dem ein Ende zu setzen?» Die Antwort des Bundesrats fiel erwartbar vage aus: «Wie bei jeder unternehmerischen Tätigkeit erwartet der Bundesrat auch bei der Ausfuhr gefährlicher Pflanzenschutzmittel, dass jedes Unternehmen mit Sitz in der Schweiz nicht nur die in der Schweiz und im Ausland geltenden Vorschriften einhält, sondern auch die internationalen Normen berücksichtigt.» Für die «Kontrolle der Einhaltung der Rechtsvorschriften» seien allerdings «die nationalen Behörden zuständig».

Solche Botschaften sind es, solche Fälle, die zeigen, wie dringend es ist, dass Schweizer Unternehmen hierzulande in die Pflicht genommen werden, inter-

national geltende Menschenrechts- und Umweltstandards einzuhalten – wo immer sie tätig sind. Deshalb hat Public Eye zusammen mit einer breiten Koalition die Konzernverantwortungsinitiative lanciert. Deren Kernstück ist die sogenannte Sorgfaltsprüfungspflicht.

Der Bundesrat lehnt die Konzernverantwortungsinitiative ab; sie ginge «zu weit». Im Klartext: Wirtschaft vor Menschenrechten.

Unternehmen müssten mögliche Menschenrechtsverletzungen in ihren Geschäftsabläufen erkennen, Gegenmassnahmen ergreifen und darüber Bericht erstatten. Das ist offensichtlich nötig, damit Frauen, Männer und Kinder beispielsweise nicht mehr – wie in Kaanibungan – ungeschult und schlecht geschützt mit Pestiziden einer Schweizer Firma hantieren. Voraussichtlich Anfang 2019 wird abgestimmt. Mitte September hat der Bundesrat seine Botschaft zum Initiativanliegen publiziert. Er stellt darin zwar fest, dass «in den Bereichen Wirtschaft, Menschenrechte und Umweltschutz sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene» ein «Handlungsbedarf» bestehe, lehnt die Initiative aber dennoch ab. Das Volksbegehren gehe «zu weit», Unternehmen könnten ihren Sitz ins Ausland verlegen, was

den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen würde. Im Klartext: Wirtschaft vor Menschenrechten.

«Es muss verboten werden»

Vor einem knappen Jahr warf ein Reporter der New York Times die Frage auf, warum Syngenta das Pestizid Paraquat nach wie vor exportiert, obwohl es in Europa längst verboten ist. Philip A. Botham, bei Syngenta verantwortlich für Produktesicherheit, sagte ihm: «Wir würden niemals irgendeine Chemikalie vermarkten oder weiter vermarkten, bei der wir tatsächlich das Gefühl hätten, sie stelle ein Gesundheits- oder ein Umweltrisiko dar.» Nerie Jose Taña, der philippinische Bauer, drückt sich ebenso klar aus: «Den Firmen muss verboten werden, diese giftigen Pestizide herzustellen.»

Im philippinischen Repräsentantenhaus ist derzeit ein Vorstoss hängig, der ein landesweites Verbot von Paraquat verlangt. Die Provinz Benguet auf der nördlichen Insel Luzon hat die Verwendung des Pestizids bereits 2009 untersagt. Im Rest des Landes ist die Verwendung seit einiger Zeit nur noch auf Plantagen erlaubt. Das rechnet sich offenbar nicht: Syngenta hat die in diesem Jahr ausgelaufene Zulassung für Gramoxone in den Philippinen nicht mehr verlängert, wie interne Dokumente zeigen. Begründet wird der Verzicht mit wirtschaftlichen Überlegungen. In Dutzenden anderen Ländern wird das giftige Pestizid weiterhin verkauft.

Kaanibungan ist kein Einzelfall

Eine Befragung in den Philippinen zeigt: Adäquater Schutz und seriöse Schulungen sind die Ausnahme.

2015 und 2016 hat das Pesticide Action Network (PAN) Philippines unter Leitung von Romeo Quijano bereits eine Recherche zur Nutzung von hochgefährlichen Pestiziden in Mindanao durchgeführt. 57 Personen – 40 Arbeiterinnen und Arbeiter auf Ölpalm- und einer Bananenplantage sowie Bewohnerinnen und Bewohner von umliegenden Dörfern – wurden dafür befragt. Die Erkenntnisse:

- ▶ Auf den Ölpalmplantagen war Gramoxone das am häufigsten genannte Produkt, mit dem die Befragten hantiert hatten.
- ▶ Nur 17 von ihnen wurden je geschult, viele lediglich rudimentär.

- ▶ Vier der Befragten nutzten **gar keine Schutzausrüstung**, andere mussten diese selbst berappen. Manche benutzten Büstenhalter als Atemmasken. Nur sechs der Befragten trugen Schutzbrillen.
- ▶ Den meisten der Befragten ist es schon passiert, dass giftige Pestizide **mit ihrer Haut in Kontakt kamen**. Doch zugängliche Wasserquellen gab es längst nicht überall.
- ▶ Auch auf diesen Plantagen **arbeiteten Kinder mit**.
- ▶ Zu den am häufigsten beklagten **gesundheitlichen Symptomen** gehörten: Kopfschmerzen, eingeschränkte Sicht, Übelkeit, Husten, Augenschmerzen und juckende Haut.



«Syngenta ist direkt verantwortlich»

Der philippinische Arzt und Aktivist Romeo Falcon Quijano über mangelnde Schulungen, nicht wahrgenommene Verantwortung und die Doppelmoral der Schweiz.

Der ehemalige Plantagenarbeiter Nerie Jose erzählt uns, in seinem Dorf in Kaanibungan sei niemand über die gesundheitlichen Gefahren des Pestizideinsatzes ins Bild gesetzt worden. Überrascht Sie das?

Überhaupt nicht, leider. Die grosse Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern, der Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter, die ich in den letzten Jahrzehnten befragt oder untersucht habe, sagten mir, sie seien gar nicht oder kaum über die gesundheitlichen Gefahren aufgeklärt worden.

Aber Schutzausrüstung erhalten in der Regel alle?

Eigentlich ist das gesetzlich vorgeschrieben. Aber immer wieder höre ich, dass Arbeiterinnen und Arbeiter die Schutzausrüstung selbst bezahlen müssen, und diese dann oft auch zu lange benutzen oder gar nicht mehr ersetzen.

Die meisten Arbeitenden in Kaanibungan haben den Namen «Syngenta» noch nie gehört, obwohl sie offenbar das Produkt dieser Firma verwendeten.

Auch das überrascht mich gar nicht. Offenbar war es ja eine von der Plantagenfirma mandatierte Personalagentur, die die Arbeiterinnen und Arbeiter instruiert hat – und das völlig ungenügend. Die Firma Syngenta, die die giftigen Pestizide produziert, überprüfte offensichtlich nicht, unter welchen Bedingungen diese angewandt wurden. Das dürfte nicht sein.

Ist Syngenta verantwortlich für das Schicksal dieser Arbeitenden?

Ja, Syngenta ist direkt verantwortlich. Internationale Richtlinien wie der Pestizid-Verhaltenskodex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO der UNO legen fest, dass die Hersteller sicherstellen müssen, dass ihre Produkte mit adäquater Schutzausrüstung angewandt werden. Gerade in weniger entwickelten Ländern ist das viel zu oft nicht der Fall. Deshalb verlangen wir ja auch schon lange, dass Paraquat international verboten wird.

In der Schweiz ist Paraquat längst verboten, trotzdem darf es eine Firma mit Sitz in Basel in Ländern wie den Philippinen nach wie vor verkaufen.

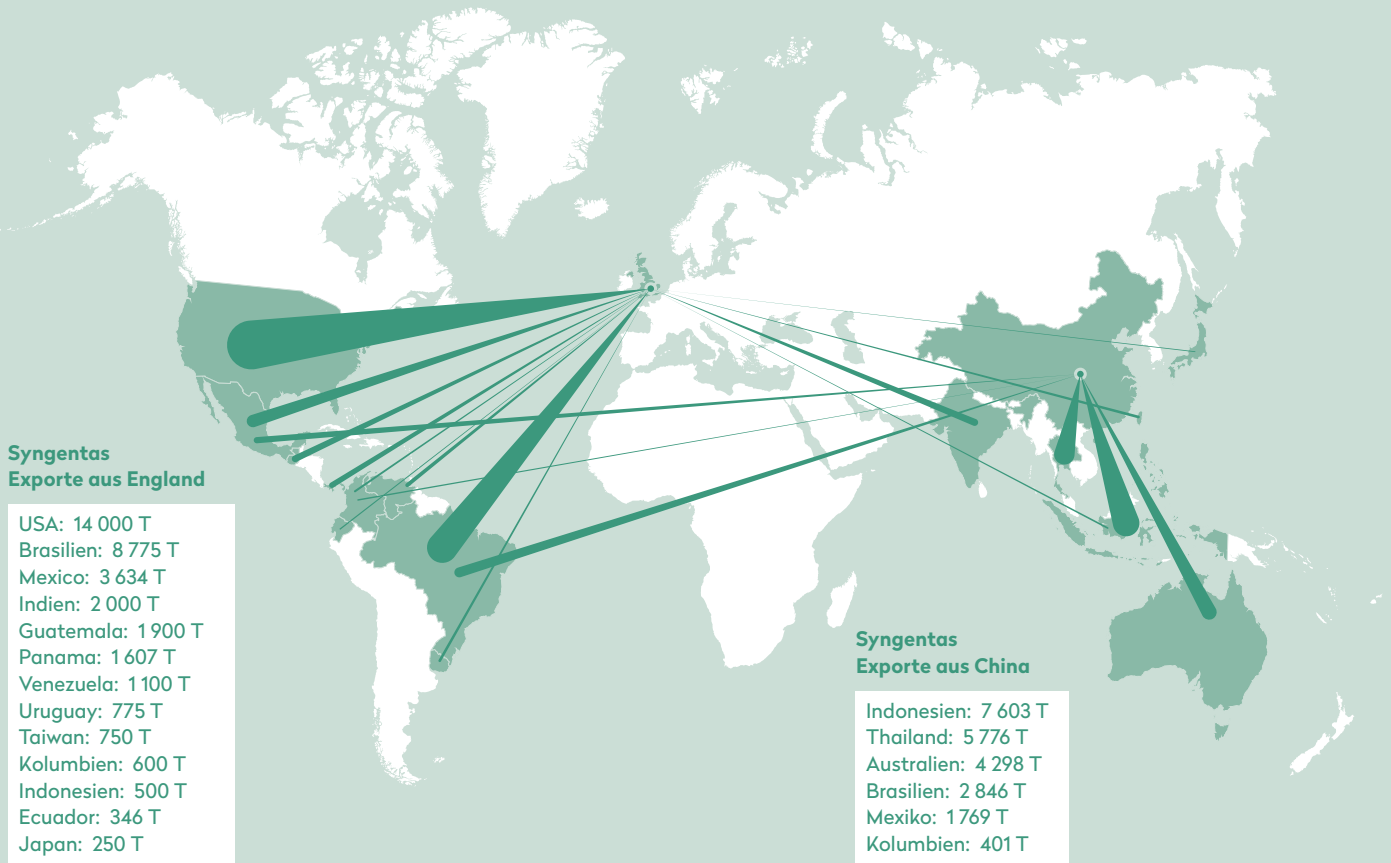
Eben, und damit macht sich die Schweizer Regierung zumindest zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung und indirekt die Schweizer Bevölkerung profitieren von den Steuern dieser Unternehmen. Und damit auch vom Export dieser giftigen Pestizide.

Zur Person

Der 68-jährige Romeo Falcon Quijano war bis zu seiner Pensionierung vor drei Jahren Professor für Pharmakologie und Toxikologie an der University of the Philippines in Manila. Zudem war er jahrelang Vorsitzender des Pesticide Action Network Asia Pacific (PANAP). In zahlreichen Fact-Finding-Missionen hat er die Folgen des Einsatzes von Pestiziden und die Landenteignungen durch Agrokonzerne dokumentiert. Er wurde dafür juristisch verfolgt und auch schon mit dem Tod bedroht.

Syngentas Paraquat-Exporte im Jahr 2016

Vertrauliche Dokumente zeigen, wohin Syngenta letztes Jahr das Unkrautvertilgungsmittel Paraquat exportiert hat, das in der Schweiz längst verboten ist.



Der Guardian berichtete, Le Monde oder Le Matin Dimanche: Im Mai zeigte Public Eye nach Einsicht in vertrauliche Dokumente auf, wie Syngenta zwei giftige, in der Schweiz und der EU verbotene Herbizide in Entwicklungsländer exportiert – Paraquat und Atrazin.

Tausende Tonnen aus China und England

Fast die Gesamtheit aller weltweiten Paraquat-Exporte stammt aus zwei Ländern: aus Grossbritannien und aus China. Das zeigen Daten für 2016, die Public Eye über Zollbehörden verschiedener Länder und die Europäische Chemikalienagentur ECHA einsehen konnte. 2016 wurden aus diesen beiden Ländern weltweit fast 250 000 Tonnen Paraquat exportiert – 85 Prozent davon aus China, 15 aus Grossbritannien. Die Doppelmoral ist offensichtlich: In England ist Paraquat wie in der Schweiz untersagt, in China in seiner flüssigen Form ebenfalls.

Andere Länder – zum Beispiel die Schweiz – exportieren lediglich vergleichsweise kleine Mengen. Brasilien etwa leitet einen kleinen Teil seiner Importe an Länder wie Argentinien, Chile oder ... die Philippinen

weiter. 2016 exportierte Syngenta 174 Tonnen Paraquat von Brasilien in die Philippinen, wie die Exportstatistiken zeigen. Was diese natürlich nicht abbilden, ist jenes Paraquat, das Länder für ihren Binnenmarkt produzieren. Indien zum Beispiel stellt einen Grossteil der auf seinen Feldern versprühten Pestizide selbst her.

Marktführerin Syngenta

Grossbritannien steht einzig wegen der Syngenta-Fabrik in Huddersfield auf der giftigen Landkarte. Syngenta ist der alleinige Exporteur des Pestizids aus England. An den chinesischen Exporten beträgt der Anteil des Unternehmens elf Prozent. Insgesamt ist Syngenta gemäss dieser Zahlen für ein Viertel aller weltweiten Paraquat-Exporte verantwortlich. Wenn man berücksichtigt, dass Syngenta anders als der Grossteil seiner chinesischen Konkurrenten nur den aktiven Wirkstoff exportiert, der anschliessend im Empfängerland noch verdünnt wird, und zudem ihr «Gramoxone» zu einem höheren Preis verkauft, kommt man jedoch auf einen tatsächlichen Marktanteil von gegen 40 Prozent. Syngenta ist damit die klare Nummer eins im Paraquat-Geschäft.



Wann hat Paraquat endlich ausgedient?

Nach China, Vietnam und Thailand hat nun auch Brasilien angekündigt, das Herbizid Paraquat wegen dessen gesundheitsschädigender Wirkung verbieten zu wollen. Ist das der Anfang vom Ende für den Syngenta-Evergreen, der seit 1962 alles vernichtet, was grün ist?

TEXT: LAURENT GABERELL

Es läuft gerade etwas durchgezogen für Syngenta. Den Plan, auf dem internationalen Kapitalmarkt sieben Milliarden Dollar aufzunehmen, musste der Agrokonzern mit Sitz in Basel vorerst verschieben – wegen Zweifeln an seiner finanziellen Potenz. In den USA sah er sich gezwungen, Zehntausende von Bäuerinnen und Bauern mit insgesamt 1,5 Milliarden Dollar zu entschädigen, weil diese wegen nicht erlaubtem, genverändertem Syngenta-Mais Umsatzstrafen erlitten hatten.

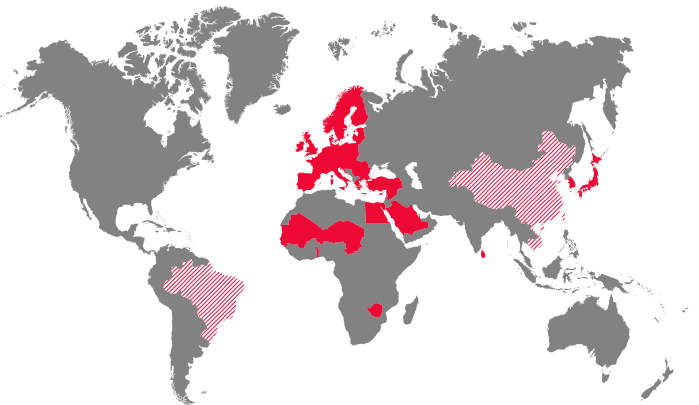
Und die Nachrichten, die die Basler Büros am 19. September aus Brasilien erreichten, dürften die Laune der Chefetage nicht eben gehoben haben. An diesem Tag teilte die Nationale Agentur für Gesundheitsüberwachung Brasiliens, die Anvisa, mit, sie werde die Herstellung, Einfuhr, Vermarktung und Verwendung des Herbizids Paraquat verbieten – nach einer dreijährigen Übergangszeit.

Der wichtigste Markt

Brasilien ist für die Agroindustrie und gerade für Syngenta nicht irgendein Markt. In keinem Land der Welt wird mehr Paraquat verspritzt als dort. Seit in den letzten Jahren insbesondere in Sojafeldern Unkräuter zu wuchern begannen, die resistent sind gegen das Herbizid Glyphosat, sind die Verkäufe zusätzlich nach oben geschneit. Syngenta macht über die Hälfte ihres Pa-

raquat-Umsatzes in Brasilien und erwirtschaftet dort mit jährlich rund zwei Milliarden Franken insgesamt zwanzig Prozent ihres Gesamtumsatzes.

Die Anvisa hatte vor bald zehn Jahren den Prozess für eine Neubeurteilung von Paraquat initiiert – aufgrund zahlreicher Studien, die die «hohe akute und chronische Toxizität» des Wirkstoffs aufgezeigt hatten. Die Schlussfolgerungen der Behörde sind unmissverständlich: Das Pestizid habe in Brasilien zu vielen, teils schweren Vergiftungsfällen geführt, es könne die Par-



■ Paraquat verboten

▨ Paraquat-Verbot beschlossen



Monokultur dank Paraquat & Co.:
Ölpalmlantage in den Philippinen.

kinsonerkrankung fördern und das Erbgut irreversibel beschädigen, und das Tragen von Schutzausrüstung allein verhindere Vergiftungen nicht.

Kein gutes Jahr für Paraquat

Unter dem Druck der mächtigen Agroindustrie-Lobby hat die Anvisa die Nutzung des Herbizids allerdings nicht ab sofort verboten, sondern erst ab 2020. Während der Übergangsfrist kann Paraquat unter eingeschränkten Bedingungen weiterhin eingesetzt werden. Und: Die Behörde stellt in Aussicht, allenfalls auf ihren Entscheid zurückzukommen, falls bis in drei Jahren neue Studien präsentiert werden, die die Unbedenklichkeit von Paraquat – insbesondere hinsichtlich Mutationen des Erbguts – belegen. Kein Zweifel, dass sich Syngenta mächtig ins Zeug legen wird, um solche Studien erarbeiten zu lassen.

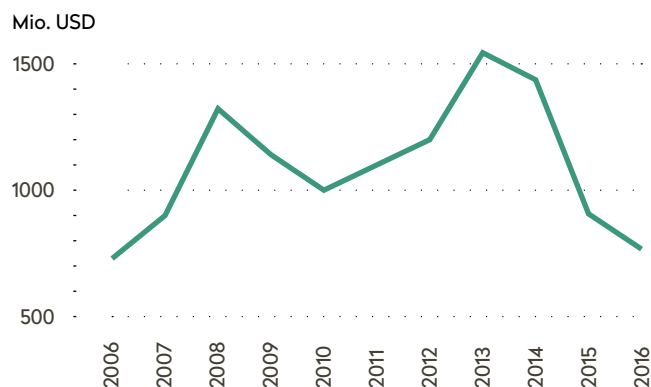
Die Ankündigung Brasiliens ist für Syngenta jedenfalls kein leicht verdaulicher Schlag – zumal sie sich in eine ganze Reihe weiterer Entscheide gegen Paraquat in diesem

Jahr einreih: Im Januar führte die US-Umweltschutzbehörde EPA neue Einschränkungen für die Verwendung von Paraquat ein, um Vergiftungen zu verhindern – und anerkannte zum ersten Mal eine mögliche Verbindung zwischen dem Pestizid und der Parkinson-Krankheit. Im Februar entschied Vietnam, Paraquat ab 2019 zu verbieten – aufgrund der Veröffentlichung einer Studie, die aufzeigte, dass mit dem Unkrautvernichtungsmittel jährlich tausend Menschen im Land tödlich vergiftet werden. Im April gab China bekannt, das Herbizid ab 2020 komplett zu untersagen – in seiner flüssigen Form ist Paraquat dort bereits seit 2016 verboten. Und im September kündigte Thailand an, ab 2019 sei Schluss mit Paraquat. Mittlerweile ist das Unkrautvertilgungsmittel in über fünfzig Ländern verboten – mit eindeutiger Wirkung: Zahlreiche Studien zeigen spektakuläre Rückgänge von Vergiftungs- und Selbsttötungsfällen in Ländern, in denen die Verwendung untersagt wurde.

Umsatz im freien Fall

Der weltweite Umsatz mit Paraquat betrug 2016 schätzungsweise eine Milliarde Dollar. Syngenta publiziert keine produktspezifischen Umsatzzahlen, ihr Marktanteil dürfte sich aber auf gegen 40 Prozent belaufen – also etwa 400 Millionen Dollar. Syngenta ist die klare Nummer eins im Paraquat-Geschäft. Aber die Verkäufe sinken seit einigen Jahren stark. 2014 machte das Unternehmen mit nicht-selektiven Herbiziden – vor allem mit Paraquat und Glyphosat – noch fast 1,5 Milliarden Dollar Umsatz. 2015 waren es noch 900 Millionen, 2016 noch 770. Ein Rückgang auf die Hälfte – innert gerade mal drei Jahren.

Wie viele Entscheide wie jener in Brasilien werden noch nötig sein, bis der giftige Oldtimer der internationalen Landwirtschaft endlich aus dem Verkehr gezogen wird?



— Syngentas Umsätze in Mio. USD mit nicht selektiven Herbiziden (in erster Linie Glyphosat und Paraquat)

Zankapfel Palmöl

Die Zollbefreiung auf Palmöl ist der Knackpunkt in den laufenden Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Malaysia. Warum die Schweiz hier nicht nachgeben darf.

EINE EINSCHÄTZUNG VON **THOMAS BRAUNSCHWEIG**,
HANDELSPOLITIKEXPERTE BEI PUBLIC EYE

«Ohne eine Lösung in der Palmölfrage», so der Bundesrat in seinem aktuellen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, «wird ein baldiger Verhandlungsabschluss kaum zu erreichen sein.» Bei der «Palmölfrage» geht es um die malaysische Forderung nach Zollbefreiung für Palmölimporte in die Schweiz im Rahmen des Freihandelsabkommens, das die beiden Länder seit 2012 aushandeln.

500 Fussballfelder pro Tag

Heute betragen die hiesigen Zollabgaben auf Palmöl über hundert Prozent des Warenwerts. Trotzdem hat sich der Import in den letzten fünf Jahren vervierfacht. Knapp die Hälfte des von der Schweiz eingeführten Palmöls stammt aus Malaysia. Ein Wegfall des Zolls würde die Importe in die Höhe schnellen lassen – auf Kosten der inländischen Rapsproduktion. Und es würde zu zusätzlichen Produktionsanreizen in Malaysia führen, wo die Fläche der Ölpalmpflanzungen seit 30 Jahren um durchschnittlich 500 Fussballfelder wächst – pro Tag! Heute sind in Malaysia, das zusammen mit Indonesien für 85 Prozent der Palmöl-Produktion verantwortlich ist, nahezu sechs Millionen Hektaren mit Ölpalmen bepflanzt. Dies entspricht eineinhalb Mal der Fläche der Schweiz.

Ein globaler Siegeszug ...

In Glace, in Margarine, in Fertigprodukten, in Babymilchpulver oder in Kuchenteig; Palmöl findet sich heute in jedem zweiten Nahrungsmittel. Aber nicht nur dort: Auch Konsumartikel des täglichen Bedarfs, von Shampoo über Lippenstift bis zu Reinigungsmitteln, enthalten das billige Öl. Und in der EU, der global zweitgrössten Palmöl-Konsumentin, landet fast die Hälfte des importierten Palmöls in den Tanks von Dieselfahrzeugen. Palmöl ist zum weltweit meistkonsumierten pflanzlichen Öl avanciert. Rund 60 Millionen Tonnen werden heute jährlich produziert.

... mit fatalen Auswirkungen

Die rasante Ausdehnung der Ölpalmpflanzungen hat in den Produktionsländern gravierende Konsequenzen. Die UNO stuft sie als Hauptgrund für die Regenwaldzerstörung in Südostasien ein. Damit einher geht ein Verlust an Biodiversität und eine massive Erhöhung des CO₂-Ausstosses aufgrund von Brandrodung. Auch

verliert die lokale Bevölkerung in vielen Fällen ihre Lebensgrundlage und die Rechte auf ihr Land. Mit erschreckender Regelmässigkeit erscheinen zudem Berichte über Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen auf den Grossplantagen – bis hin zu Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Davon sind auch als nachhaltig bezeichnete Produktionsformen nicht ausgenommen. So dokumentierte kürzlich Amnesty International in einer umfangreichen Recherche schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen auf vom RSPO (dem Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl) zertifizierten Plantagen. Und: Der RSPO erlaubt – trotz wiederholter Kritik unter anderem von Public Eye – weiterhin den Einsatz von giftigen Pestiziden wie Paraquat.

Ausschluss gefordert

In der Schweiz hat sich breiter Widerstand gegen die geforderte Zollbefreiung von Palmöl formiert. Eine Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der

Die Schweiz darf einem Produkt, bei dessen Herstellung regelmässig Menschenrechte verletzt werden, keinesfalls noch Vorzugsbedingungen gewähren.

sich Public Eye an vorderster Front engagiert, verlangt den Ausschluss von Palmöl aus den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen. Zahlreiche parlamentarische Vorstösse haben eine ähnliche Stossrichtung, ebenso wie eine Standesinitiative aus dem Thurgau, die auf dem Weg nach Bern ist. Auch Freiburg hat schon eine Standesinitiative – «Kein Palmöl auf unseren Tellern» – eingereicht, und das Berner Kantonsparlament fordert in einer breit abgestützten Motion dasselbe von seiner Regierung.

Falls Malaysia für das Zustandekommen des Abkommens auf einer Zollbefreiung für Palmöl beharrt, muss sich der Bundesrat aus den Verhandlungen zurückziehen. Die Schweiz darf einem Produkt, bei dessen Herstellung regelmässig Menschenrechte verletzt werden, keinesfalls noch Vorzugsbedingungen gewähren.



Ohnmachtstheater um Mubaraks Millionen

© Reuters/Stringer

Im vergangenen Dezember hat die Schweiz einen Teil der Gelder, die nach dem Sturz des ägyptischen Ex-Diktators Hosni Mubarak 2011 blockiert worden waren, freigegeben. Nun hat die Bundesanwaltschaft das Rechts-hilfverfahren mit Ägypten ganz eingestellt – ergebnislos. Es scheint unwahrscheinlich, dass die noch in der Schweiz blockierten Millionen des Mubarak-Clans dem ägyptischen Volk zurückgegeben werden.

TEXT: OLIVIER LONGCHAMP

Es stand im dritten Abschnitt der Medienmitteilung vom 17. Dezember 2016, kurz und knapp: Die Bundesanwaltschaft (BA) teilte darin mit, sie habe «die Deblockierung von gesperrten Geldern in der Höhe von rund 180 Millionen Schweizer Franken verfügt», die im Zuge des arabischen Frühlings in Ägypten beschlagnahmt und eingefroren worden waren. In der lakonischen Mitteilung der Staatsanwaltschaft des Bundes wurde der Schritt mit der «Übereinstimmung der schweizerischen und ägyptischen Entscheide» begründet, weswegen man «das in der Schweiz eröffnete Strafverfahren gegen mehrere Personen» habe einstellen müssen.

Weitere Informationen, stellte die Bundesanwaltschaft in Grossbuchstaben klar, erteile man nicht. Knappe Angaben der notorisch öffentlichkeitsscheuen Strafverfolgungsbehörde, die in doch eher krassem Widerspruch zur Bedeutung der Nachricht standen.

Eingeständnis einer Niederlage

Knapp sechs Jahre zuvor, am 11. Februar 2011, hatte es nach dem Sturz des Regimes von Hosni Mubarak nur wenige Stunden gedauert, bis der Bundesrat die Blockierung der Vermögenswerte des gefallenen Präsidenten und seiner Entourage auf Schweizer Bankkonten anordnete.

Diese sollte es ermöglichen, die vom Mubarak-Clan unterschlagenen Gelder an Ägypten zurückzuerstatten. Kurz darauf eröffnete die Bundesanwaltschaft Strafverfahren wegen des Verdachts auf Geldwäscherei und auf Unterstützung einer oder Beteiligung an einer kriminellen Organisation. Bis im September 2012 wurden Gelder in der Höhe von rund 700 Millionen Franken gesperrt. Auch wenn es nicht so kommuniziert wird, ist die im Dezember 2016 angekündigte Entscheidung das Eingeständnis einer Niederlage: Sie überlässt ehemaligen Regimeverbündeten einen Viertel der in der Schweiz blockierten Gelder. Weshalb? Und wem gehören die Millionen? Dazu schweigen die Schweizer Behörden.

Public Eye ist diesen Fragen nachgegangen und hat einen Bericht publiziert, der aufzeigt, wie es zu dieser in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Entscheidung kam.

Die Schweizer Konten des Mubarak-Clans

Zurück zum arabischen Frühling: Ermutigt durch Ben Alis Rücktritt und dessen Flucht aus Tunesien und der Korruption des autokratischen Regimes in ihrem eigenen Land überdrüssig, demonstrieren im Februar 2011 Zehntausende Ägypterinnen und Ägypter auf dem Tahrir-Platz und zwingen Mubarak zum Rücktritt. In Ägypten ist die Revolution entfacht, und gleichzeitig stellen westliche Medien verstärkt Untersuchungen zum Vermögen des Mubarak-Clans an. Was dabei rasch ans Licht kommt: die enge Verflechtung zwischen dem gestürzten Regime und dem Schweizer Finanzplatz.

Am 31. Januar 2011, noch vor Mubaraks Sturz, zeigt ein Artikel der Economic Voice die Rolle von Genfer Bankiers in der Vermögensverwaltung von dessen Ehefrau Suzanne auf. All zu überraschend sind diese Verbindungen nicht. Die Präsidentengattin unterhält auch zwei Stiftungen am Genfersee, von denen die eine ihren Namen trägt: Suzanne Mubarak Women's International Peace Movement. Einer der im Artikel erwähnten Bankiers sitzt im Rat der Stiftung. Die Bank, bei der er angestellt ist, bezeichnet dies als «privates gemeinnütziges Engagement».

Ein weiterer Artikel – im Telegraph – liefert unmittelbar nach dem Sturz Mubaraks detaillierte Informationen über die mutmasslichen Schweizer Konten des ehemaligen Präsidenten bei der UBS und der Schweizer Niederlassung von BNP-Paribas. Später weisen die ägyptischen Behörden nach, dass Mubaraks Sohn unter anderem bei der Credit Suisse ein Vermögen von über 340 Millionen Franken parkiert hat. Die Rechtsvertretung der Familie beteuert, die Herkunft der Gelder sei «legal».

Zu den regimenahen Personen, die aufgrund ihrer Verbindungen zum Schweizer Finanzplatz rasch in den Fokus rücken, gehört Hussein Salem, ein dubioser Ge-

schaftsmann, der seither zu einer der zentralen Figuren in der Saga um die Rückerstattung der Vermögen des ehemaligen Regimes geworden ist (siehe folgende Seite). Am 17. Februar 2011 bringt das Westschweizer Fernsehen RTS den «Mubarak-Doppelgänger» und sein «Vermögen in Genf» zur Sprache. Der Sender berichtet über zwei Firmen in Salems Besitz, Maska SA und Galaxy Hôtels SA, mit deren Verwaltung damals die beiden Genfer Anwälte Pascal Erard und André Gillioz betraut sind.

Salems Deal mit der Justiz

Wie aus Gerichtsdokumenten hervorgeht, haben die Schweizer Behörden bereits 2011 eine Untersuchung gegen Salem eröffnet. Ausserdem werden sein Name sowie Namen aus seinem persönlichen Umfeld am 6. September 2012 – wahrscheinlich auf Antrag der ägyptischen Behörden – auf die Liste der Personen gesetzt, deren Vermögen von den Schweizer Behörden blockiert sind. Im Sommer 2016 weigert sich die Bundesanwaltschaft noch, die Strafverfahren gegen Hussein Salem und dessen Sohn einzustellen. Doch dann ändert sich das Blatt. Denn bei den Vermögenswerten, welche die Bundesanwaltschaft im Dezember darauf freigibt, handelt es sich um die Gelder von Salem und seiner Entourage. Was ist geschehen?

Ab 2013 soll Salem mit den neuen ägyptischen Behörden einen Deal eingefädelt haben: Wird die Strafverfolgung gegen ihn eingestellt, überweist er dem Staat im Gegenzug einen Teil seines Vermögens. Daily News Egypt berichtet im August 2016, die ägyptischen Behörden hätten diesem Handel im Monat zuvor zugestimmt, die exakten Abschlussbedingungen jedoch geheim gehalten. Die Bundesanwaltschaft muss letztlich einsehen, dass sie ohne die Unterstützung der ägyptischen Strafverfolgungsbehörden nicht wird beweisen können, dass die in der Schweiz eingefrorenen Gelder unrechtmässigen Ursprungs sind. Nach fünf Jahren komplexer Strafverfahren ein äusserst dürftiges Ergebnis. Aber damit wohl noch nicht genug des Schlechten: Ende August 2017 kündigt die Bundesanwaltschaft gegenüber ihren ägyptischen Kolleginnen und Kollegen an, dass sie die mit Ägypten aufgenommenen Rechtshilfeverfahren beenden werde – ohne dass diese irgendwelche Resultate gezeitigt hätten.

Rückführung unmöglich?

Die Aufdeckung zahlreicher Fälle von Potentatengeldern auf Schweizer Bankkonten nach dem arabischen Frühling oder auch der Revolution in der Ukraine und die Verwicklung von Schweizer Finanzintermediären in bedeutende internationale Korruptionsfälle – etwa rund um die brasilianische Petrobras oder den malaysischen Staatsfonds 1MDB – lassen an der Wirksamkeit des Schweizer Geldwäschereidispositivs zweifeln. Doch

statt die Schwächen zuzugeben, betonen die Schweizer Behörden gerne ihre Anstrengungen zur Rückgabe der in der Schweiz blockierten unrechtmässig erworbenen Vermögenswerte an die Länder, aus denen sie abgezogen

Die Bundesanwaltschaft musste einsehen, dass sie ohne die Unterstützung der ägyptischen Strafverfolgungsbehörden nicht beweisen kann, dass die Gelder unrechtmässigen Ursprungs sind.

gen wurden. Für sie besteht der «Königsweg» darin, in Strafsachen internationale Rechtshilfebegehren zu stellen. Gemäss dieser Logik liegt es an den Justizbehörden der Ursprungsländer der Gelder, deren illegale Herkunft zu belegen und Gerichtsentscheide zu fällen, welche die Unrechtmässigkeit der Vermögen feststellen.

Faktisch erweist sich dies oft als unmöglich – wie die Freigabe der Gelder von Hussein Salem und seinem Umfeld deutlich macht. Rechtshilfeverfahren sind per se kompliziert: Die verfolgten Delikte müssen in beiden Ländern illegal sein. Die formellen Hürden, damit ein Rechtshilfesuch angenommen wird, sind hoch. Bestimmte Bedingungen, insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz, müssen erfüllt sein, damit die Unrechtmässigkeit der blockierten Gelder bewiesen werden kann, und so weiter. Zu oft führen Rechtshilfeverfahren in eine Sackgasse. Etwa, weil der Tatbestand zu weit in der Vergangenheit liegt, weil der Nachweis des direkten Zusammenhangs zwischen den blockierten Geldern und den ursprünglichen Vergehen nicht gelingt oder weil die Justizbehörden nicht über die nötige Unabhängigkeit oder die erforderlichen Kompetenzen verfügen.

Ein Ohnmachtstheater

Unter diesen Umständen gleicht der Versuch einer Rückführung von Geldern aus der Schweiz einem Ohnmachts-

Hussein Salem – der umtriebige Pate

Mubaraks enger Freund Hussein Salem handelte mit Waffen, Villen und Erdgas – und füllte so seine Konten in der Schweiz mit Millionen.

Die Karriere des 1933 geborenen Hussein Salem ist eng mit der Korruption des ehemaligen ägyptischen Regimes verknüpft. Er wird als «geheimnisumwobener Geschäftsmann Ägyptens», als «Mubaraks verdammte Seele» oder – wegen seiner Rolle beim Aufstieg des Badeorts – als «der Pate von Sharm el-Sheikh» bezeichnet. Der Verbündete und Berater des ehemaligen ägyptischen Präsidenten, dessen Vermögen zusammen mit dem seiner Familie auf vier

Milliarden Dollar geschätzt wird, zeichnet von sich gerne das Bild eines Selfmademan.

Er macht seit den Achtzigerjahren von sich reden: 1983 wird er von amerikanischen Behörden verurteilt, weil er die US-Regierung bei Waffenlieferungen an Ägypten betrogen habe.



Kurz darauf taucht sein Name im Zusammenhang mit einem bedeutenden deutschen Korruptionsskandal auf. Seine Konten befinden sich da längst in der Schweiz.

Nach Mubaraks Sturz wird in Ägypten in mehreren aufsehenerregenden Strafverfahren gegen Salem vorgegangen. In einem davon wird er der Korruption für schuldig befunden, weil er Mubarak und dessen Umfeld in den Neunzigerjahren fünf Villen in Sharm el-Sheikh verkauft hat – zu einem Fünfigstel des Marktpreises. Doch weil das Delikt verjährt ist, kommt er ohne Verurteilung davon. Ein anderes Strafverfahren belegt, wie Salem einer ägyptischen Staatsbank in einem einträglichen Geschäft eine defizitäre Raffinerie verkauft hat. Der berühmteste Fall, in dem Salem eine Hauptrolle spielt, dreht sich um ein Unternehmen in seinem Besitz, das dem ägyptischen Staat äusserst billig Gas abkaufte und dieses dann an eine israelische Stromproduktionsfirma weiterverkaufte. Laut einem Rechtshilfeersuchen an die Schweiz vom März 2011 entgingen dem ägyptischen Staat allein durch dieses Geschäft über 700 Millionen Dollar. Obwohl Salems zweifelhaftes Geschäft umfassend dokumentiert sind, ist er von der ägyptischen Justiz begnadigt worden – unter bis heute ungeklärten Umständen.

theater. Eine mit Getöse bekannt gegebene Blockierung, sechs Jahre andauernde Strafverfahren und letzten Endes eine Freigabe ohne gerichtliche Entscheidung, die letztlich auch den Schweizer Finanzintermediären zugutekommt: Denn werden die Vermögenswerte nicht als unrechtmässig anerkannt, ist auch der allfällige Vorwurf der Geldwäscherei vom Tisch.

Seit Jahren macht Public Eye darauf aufmerksam, dass die grösste Schwierigkeit der Schweizer Politik nicht in der Sperrung unrechtmässiger Vermögenswerte liegt, sondern darin, dass sie sich bei deren Beschlagnahmung auf das Instrument der Rechtshilfe beschränkt. Immer wieder haben wir betont, dass Instrumente geschaffen werden müssen, mittels derer offensichtlich unrechtmässig erworbene Vermögenswerte auch dann beschlagnahmt werden können, wenn die Rechtshilfe versagt. Wird auch künftig nicht auf solche Alternativen zurückgegriffen, ist zu befürchten, dass sich das Trauerspiel um Hussein Salems Gelder in neuer Besetzung wiederholt.

Der Fachbericht: Zusammen mit der ägyptischen Partnerorganisation «Egyptian Initiative for Personal Rights (EIPR)» hat Public Eye die Urteile in den Verfahren im Zusammenhang mit dem ägyptischen Frühling analysiert. Auf der Basis dieser unveröffentlichten Dokumente haben wir die Geschichte der Vermögen des Mubarak-Clans in der Schweiz und das bislang enttäuschende Resultat der Rückführungsbemühungen nachgezeichnet. Der Bericht zeigt auf, wie schwierig es ist, illegale Vermögen zu beschlagnahmen, wenn die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden nicht funktioniert – was leider oft der Fall ist. Ein weiterer Beleg dafür, wie dringend es ist, dass in der Schweiz alternative Vorgehensweisen zur Rechtshilfe entwickelt werden.

Der Fachbericht «Failed recovery. How Switzerland released the funds of a famous Egyptian crony» kann auf Englisch und Arabisch heruntergeladen werden auf www.publiceye.ch/FailedRecovery

Proteste gegen den «Dieb» Mubarak auf dem Tahrir-Platz in Kairo im April 2011.



Milo Rau im Gespräch

«Die Rohstoffmanager haben null Unrechtsempfinden»

Für Milo Rau ist das «Kongo Tribunal» noch vor dem Schweizer Kinostart schon fast wieder Geschichte. Aktuell arbeitet der «wichtigste deutschsprachige Polit-Künstler der Gegenwart» (SRF) in Berlin parallel an einem Lenin-Stück und einer Weltparlaments-Inszenierung namens «General Assembly». Der Redefluss des entsprechend unter Zeitdruck stehenden Berners wird im Skype-Gespräch nur durch gelegentliche grippebedingte Hustenanfälle unterbrochen.

INTERVIEW: OLIVER CLASSEN

Herr Rau, was würden Sie Ivan Glasenberg sagen, wenn er Ihnen Privataudienz gewähren würde?

Entschuldigung, aber wer ist Glasenberg?

Der Chef von Glencore.

Ach so, klar. Hm, vermutlich so was wie «Sie tun, was Sie tun, weil Sie es tun dürfen. Ich habe keine Lust mehr, von Ihren Schweinereien zu hören oder Ihre Erklärungen zu lesen. Firmen wie Ihre gehören gesetzlich gebändigt.» Basta und tschüss. Im Kontext unseres Kongo Tribunals habe ich viele Rohstoffmanager kennengelernt, und glauben Sie mir, die Typen haben null Unrechtsempfinden – auch weil es schlicht kein auf ihre Geschäfte anwendbares Recht gibt. Wo kein Richter, da kein Verbrechen. Die übliche Moralkeule bringt hier gar nichts.

Das «Kongo Tribunal» ist also keine moralische Instanz.

Es ist eine Anrufungsinstanz für all jene Menschen, deren Erfahrungen sonst nirgends gehört werden, die gewissermassen gar nicht existieren: Da geht es um Millionen von Vertriebenen, um Hunderte von Massakern. Das «Kongo Tribunal» ist eine symbolische Institution, die einen Rechtsrahmen setzt, wo es bislang nur Leere, Angst und Ratlosigkeit gibt.

Zur Premiere kam ja auch unsere Justizministerin. Gabs dort eine Privataudienz?

Ja, Frau Sommaruga war sehr gut vorbereitet und erzählte mir lange von der Konzernverantwortungsinitiative und der Kritik ihrer Regierungskollegen daran. Wir sprachen über das «Kongo Tribunal» als eine Art alternative Expertenkommission, die dem Parlament, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern eine andere Sichtweise auf die realen Probleme liefert und damit vielleicht dieser blöd machen den Angst um den Wirtschaftsstandort etwas entgegensetzen kann. Dass der Bundesrat die Initiative ablehnt, zeigt primär den Mangel an politischem Unrechtsempfinden.

Wieso?

Weil Vertreibung, Vergewaltigung und Massenterror, wie sie im Ostkongo viel zu lange schon Alltag sind – auch ausgehend von in der Schweiz ansässigen Firmen, vom Finanzplatz mal gar nicht zu reden –, in der Schweiz sofort und kompromisslos geahndet würden. Man stelle sich vor, unter Zürich wird Gold entdeckt...

...unter Zürich, genauer dem Paradeplatz, liegt tatsächlich tonnenweise Gold.

Sagen Sie das nicht zu laut. (*lacht*) «Zwangsumsiedlung der Grossbanken» und «Zyanid im Zürichsee»: Ich sehe die Schlagzeilen schon vor mir, würde Zürich im Kongo liegen. Aber im Ernst: Was mich immer wieder schockiert, ist die brutale Normalität dieser Verbrechen in einem der schönsten und rohstoffreichsten Länder der Welt. Und der Mangel an politischem Bewusstsein, der so etwas erst ermöglicht.

Beide Ebenen kommen in Ihrem Film ja ausführlich zum Ausdruck. Warum haben Sie sich dafür ausgerechnet den Kongo ausgesucht?

Weil dort seit 20 Jahren der mit über sechs Millionen Toten grösste Wirtschaftskrieg der Menschheitsgeschichte tobt, von dem die meisten hier trotzdem noch nie gehört haben. Und weil dieses Land ein exemplarischer Brennpunkt der globalen Machtverhältnisse ist, wo sich die Negativeffekte einer neoliberalen Weltbank, der korrupten lokalen Regierung, skrupelloser Konzerne und archaischer ethnischer Konflikte gegenseitig verstärken. Das Resultat ist der totale Kontrollverlust, natürlich auf Kosten einer entrechteten Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge dreht sich die fingierte Verhandlung aber um drei konkrete Vorfälle. Wie hat Ihre Crew diese Massaker recherchiert?

So wie Public Eye das auch macht, mit Zeugen vor Ort, Dokumenten für die harten Fakten und Experten für die Kontexte. Wir sind zwei Jahre lang immer wieder dort gewesen, haben Vertrauen und Wissen aufgebaut und dann drei Monate intensiv gedreht.

In den zwei komplementären Settings von Bukavu und Berlin kriegen alle ihr Fett weg: die lokale Regierung, Firmenvertreter, die EU und die UNO. Auch NGOs kommen an die Kasse, etwa für ihren Kampf gegen den Handel mit sogenannten Konfliktmineralien aus dem Kongobecken.

Ja, diese in den USA ausgeheckten und von der EU übernommenen Regulierungen wie etwa der Dodd-Frank Act sind oft klassische Beispiele von gut gemeint, aber schlecht durchdacht, wenn es um die lokalen Konsequenzen geht. NGOs, die solche Gesetze fordern und Parlamente, die sie letztlich machen, haben

häufig keine Ahnung von den negativen Auswirkungen aufs Leben genau jener Menschen, denen sie damit eigentlich helfen wollten. Konkret: Wegen der pauschalen Exportsanktionen für alle Minen im riesigen Gebiet der Grossen Seen wird alles Gold, Kupfer und Koltan nach Ruanda geschafft und von dort in die Welt geschickt. Mit dem Resultat, dass die Kongolesinnen und Kongolesen dank diesem Gesetz, das jeden lokalen Schürfer erst einmal kriminalisiert, auch noch die letzte Kontrolle über ihre Rohstoffe verloren haben.

Die NGOs wollten damit zwar primär mehr Transparenz und Verantwortung für die Lieferkette erreichen. Aber ja: Gute Politik ist die Kunst des Machbaren und folglich nicht widerspruchsfrei. Gute Kunst hingegen kennt keine Kompromisse.

(Lacht) Schön wärs. Grossproduktionen wie das «Kongo Tribunal» oder unser Weltparlament sind zwar getrieben von einer glasklaren Idee, gewisse technische und menschliche Kompromisse sind letztlich aber immer unvermeidbar.

Ist das «Kongo Tribunal» auch eine Antwort auf den Verlust des Vertrauens in die Institutionen?

Absolut. Wir brauchen Institutionen, wo Leute, die wirklich Bescheid wissen, mit durchgreifenden Kompetenzen ausgestattet sind und juristisch oder politisch handeln können. Rechtsbrüche müssen Konsequenzen haben, gerade auch, wenn die Interessen globaler Konzerne auf jene der lokalen Bevölkerung treffen. Das bleibt ohne verbindlichen internationalen Rechtsrahmen aber Utopie. Genau an dieser Leerstelle schafft das «Kongo Tribunal» für die Betroffenen etwas Abhilfe. Und entwickelt – mit der Unterstützung vieler Fachleute und den Mitteln der Fiktion – zugleich erste Ansätze dafür, wie neue Institutionen, die den aktuellen Verhältnissen gerecht werden, künftig aussehen und funktionieren könnten.

Der Film «Das Kongo Tribunal» kommt in der Deutschschweiz am 23. November in die Kinos.

Der Film zum Tribunal

«Berichten Sie überall davon», sagt der junge Mann, und dann zieht er den Theater- und Filmemacher Milo Rau an der Hand durch sein Dorf, Mutarule im Südkivu, hin zu einer aufgespannten Plane, unter der in Tücher eingehüllte Leichen liegen. «Immer wieder passieren solche Gräueltaten», klagt dort eine Frau. «Wieso haben wir hier kein internationales Gericht? Es kümmert niemanden.»

Das Massaker von Mutarule, es ist einer von drei Fällen, die Milo Rau 2015 in Bukavu im Südwesten Kongos in einem Schauprozess verhandeln liess. Reale Akteurinnen und Akteure des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo, der in den letzten zwanzig



Jahren schätzungsweise bereits über sechs Millionen Tote gefordert hat, trafen sich zum ersten Mal in einem Gerichtssaal – dokumentiert von einem Filmteam. In einem zweiten Teil wurde darauf in Berlin anhand der Verhandlung im Kongo die Verantwortung von Multis und der internationalen Politik, von

der Weltbank oder auch von NGOs diskutiert. «Eines der ambitioniertesten politischen Theaterstücke, das je inszeniert wurde», urteilte der britische Guardian. Radio France Internationale bezeichnete das «Kongo Tribunal» als das «grössenwahnsinnigste Kunstprojekt unserer Zeit». Wolfgang Kaleck, Anwalt, Gründer des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte ECCHR und einer der Geschworenen des Tribunals in Berlin, beschrieb das Vorhaben so: «Es geht nicht nur um die Wilden im Kongo, die sich die Köpfe einschlagen, es geht auch um die Wilden bei uns – die Konzerne, die Wirtschaft; deren Verhalten muss reguliert werden.»

Der 40-jährige Berner Milo Rau hat schon vor dem «Kongo Tribunal» mit verschiedenen dokumentarischen Inszenierungen für Aufsehen gesorgt: So brachte er in «Hate Radio» den von einer Radiostation orchestrierten Massenmord in Ruanda auf die Bühne, liess die Verteidigungsschrift des Mörders Anders Breivik verlesen, stellte in Moskau Prozesse des Putin-Regimes unter anderem gegen Pussy Riot nach oder brachte in Zürich die «Weltwoche» symbolisch vor Gericht. Ab der Spielzeit 2018/19 übernimmt Milo Rau den Posten des Intendanten am Stadttheater im belgischen Gent.



Gunvors Deals mit der Wahrheit

Montagabend, 11. September. Mit einem vorfreudigen Lächeln gehe ich nach Hause. Morgen früh wird unsere Medienmitteilung verschickt sein. Wie wird das Echo auf die Enthüllungen von Public Eye rund um die schmierigen Geschäfte von Gunvor im Kongo ausfallen? In meiner Jackentasche piepst es. Es ist mein treuer Begleiter Google Alert. Und siehe da! Noch bevor unsere Geschichte publiziert ist, tritt die Genfer Ölhandelsfirma die Flucht nach vorne an.

TEXT: GÉRALDINE VIRET

Man muss kein Genie sein, um zu wissen: Aktiv handeln ist besser als passiv einstecken. Als es brenzlig wird, erinnert sich auch die Ölhandelsfirma Gunvor an dieses Gebot. Von uns 24 Stunden vor der Veröffentlichung unseres Berichts informiert, versucht der Konzern, Schadensbegrenzung zu betreiben. Er steckt der Nachrichtenagentur Reuters eine heikle Neuigkeit: Gunvor räumt ein, mittlerweile im Zentrum des Strafverfahrens zu stehen, das die Bundesanwaltschaft 2012 im Zusammenhang mit Zahlungen rund um Ölverträge der Firma über 2,2 Milliarden Dollar mit der Republik Kongo eröffnet hat. Der Staatsanwalt ermittelt gegen die Schweizer Gunvor SA ebenso wie gegen die Schweizer Tochterfirma der in den Niederlanden registrierten Gunvor International B.V. wegen «mangelhafter Organisation»; die einzige Straftat im Schweizerischen Strafgesetzbuch, die es erlaubt, gegen juristische Personen Anklage zu erheben.

Als ich diese Nachricht sehe, möchte ich einen Luftsprung machen: Erstens ist Gunvors Aktivismus ein starkes Zeichen für die Stringenz unseres Berichts. Und zweitens gibt die Neuigkeit Anlass zur Hoffnung, dass die von uns angeprangerten zweifelhaften Zahlungen in diesem Fall für einmal nicht unbestraft bleiben werden. Gunvors Flucht nach vorne entbehrt nicht einer gewis-

sen Ironie. Denn der Handelskonzern hatte sich bis anhin stets geweigert, detaillierte Angaben zu seinen Geschäften im Kongo zu machen. Als Entschuldigung führte er gerne das laufende Verfahren ins Feld. Als wir Gunvor im April kritische Fragen stellten, kanzelte uns deren «Corporate Affairs Director» wie einen aufmüpfigen Schüler ab: «Gunvor würde die vielen Ungenauigkeiten gerne korrigieren, doch wegen des eröffneten Verfahrens können wir dazu schlichtweg keinen Kommentar abgeben.» Dankeschön, Herr Pietras, aber auf konkrete Antworten warten wir weiterhin.

Der Klassiker

Die Kommunikationsstrategie, die Gunvor in der Krise verfolgt, ist ein Klassiker. Die Firma weiss nämlich schon seit Monaten, dass Anklage gegen sie erhoben worden ist. Doch bis jetzt hatte sie diese peinliche Nachricht wohlweislich unter dem Deckel gehalten. Nun, am Abend vor der Veröffentlichung unserer Recherche, gibt der Konzern zu, dass gegen ihn ermittelt wird. Es geht darum, unseren Enthüllungen die Exklusivität zu nehmen und sich selbst den Anschein eines transparenten Unternehmens zu geben, das von sich aus kommuniziert – wenn auch nichts, das nicht sowieso früher oder später rausgekommen wäre.

Um die eigene Sicht der Dinge durchzusetzen, steckt die Firma ihre Informationen einem ihr wohlgesinnten Medienkonzern. Aber nicht, ohne nebenbei noch ein paar Unwahrheiten einzubauen.

Die Opferhaltung

Im Grunde ist Gunvors Verteidigungslinie immer noch dieselbe. Seit 2012 erzählt die Firma die gleiche Geschichte: Sie sei Opfer eines «abtrünnigen Angestellten» geworden, der ohne ihr Wissen und zu ihrem Nachteil gehandelt habe. Pascal C., so heisst der Mann, muss ein äusserst unauffälliger Mitarbeiter gewesen sein: Obwohl er weder über eine Unterschriftsbefugnis verfügte noch für die Finanzen verantwortlich war, soll es ihm gelungen sein, zwischen 2010 und 2012 hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten x Millionen Provisionen an Mittelsmänner zu bezahlen, die im Kongo die richtigen Türen öffnen sollten. Gunvor gibt sich fassungslos, verklagt Pascal C. wegen Betrugs, Unterschlagung und Geldwäscherei.

Gegenüber Reuters stellt Gunvor die Sache nun so dar: Der Staatsanwalt habe die Strafverfolgung auf den ganzen Konzern ausgeweitet, um «mögliche operative Lücken», die dieser böswillige Mitarbeiter «ausgenutzt haben könnte», zu untersuchen. Tönt gar nicht so schlimm. Blöd nur: stimmt auch nicht. Tatsächlich ist es so: Das Hauptverfahren wegen «Verdacht auf Geldwäscherei», das nun gegen Gunvor gerichtet ist, hatte die Bundesanwaltschaft ursprünglich gegen Unbekannt

eröffnet – und nicht gegen Pascal C. Und: Die Klage, die das Unternehmen ihrerseits gegen ihren Sündenbock angestrengt hatte, ist suspendiert worden, was Gunvor nicht für nötig befindet, zu erwähnen. Und das sind nicht die einzigen Freiheiten in Bezug auf die Wahrheit, die sich unser Händler herausnimmt.

Die alte Leier

Denn an diesem 11. September hat Gunvor noch ein weiteres Problem zu lösen: Public Eye wird morgen ebenfalls aufdecken, dass Gunvors zweifelhafte Praktiken nach der Entlassung von Pascal C. im Jahr 2012 weitergeführt wurden. Ein Video zeigt, wie ein hochrangiger Angestellter des Unternehmens 2014 einen Bestechungsversuch zur Wiedereroberung des kongolesischen Markts unternimmt. Doch keine Panik! Die Geschichte vom abtrünnigen Angestellten lässt sich auch ein zweites Mal erzählen. Die Firma ist halt einfach schon wieder Opfer «unerwünschten individuellen Verhaltens» geworden. Gunvor erwähnt die geheime Aufnahme gegenüber Reuters und beteuert, diesen zweiten Angestellten umgehend angezeigt zu haben, nachdem man von dessen filmisch dokumentierten Machenschaften erfahren habe. Die Personalabteilung von Gunvor muss eine Schwäche für böse Kerle haben ...

Den letzten Schliff verleiht die Firma ihrer Kommunikation mit ein paar hübschen Begriffen, die jeden kritischen Geist einschläfern. «Gunvor hat seit diesen Vorkommnissen seine internen Compliance-Prozesse



gestärkt.» Hatten wir das nicht schon mal? Tatsächlich hatte der Konzern angeblich bereits 2012, also vor diesem erneuten Korruptionsversuch, dieselben Anstrengungen unternommen. Nun aber habe man die internen Prozesse auf «Weltklasse»-Niveau verbessert. Nun sollte wirklich nichts Unliebsames mehr durchsickern ... äh vorkommen.

Die lange Nase

Schon unser Bericht hat aufgezeigt, dass die Theorie der «abtrünnigen Angestellten» einer Faktenprüfung nicht standhält. Ein Gerichtsdokument, das Public Eye kurz nach Veröffentlichung des Berichts ans Licht gebracht hat, belegt zudem, dass bis zu sechs Gunvor-Angestellte die vermutlich korrupten Kommissionszahlungen an die Vermittler – insgesamt 31,9 Millionen Dollar – abgesegnet hatten. In der Mitteilung vom Juni schreibt der Staatsanwalt, dass Gunvors Zahlungen nicht nur intern gutgeheissen, sondern auch gegen aussen bestätigt worden waren, unter anderem gegenüber der Credit Suisse, welche die Konten der Mittelsmänner betreute. Dieses Dokument legt endgültig den Blick frei auf die lange Nase unseres Pinocchio Gunvor. Und es stützt die Aussagen von dessen erstem Sündenbock, Pascal C., der im Frühling 2017 vor Gericht zugegeben hatte, dass er an der Überweisung von Schmiergeldern an kongolesische Beamte beteiligt gewesen war. Er habe dies jedoch in seiner Funktion als Angestellter und mit dem Wissen seiner Vorgesetzten getan. Die Schweizer Behörden verharren dennoch weiterhin

in ihrer wohlwollenden Passivität. Von der RTS-Radio-sendung Forum im September auf die Gunvor-Recherche angesprochen, sagte Simonetta Sommaruga im Namen des Gesamtbundesrats, dieser sei «besorgt» darüber, dass derart viele Menschen in rohstoffreichen Ländern in Armut lebten. Zudem stellten solche Affären ein Risiko für «die Reputation der Schweiz» dar. Dennoch wolle der Bundesrat weiterhin auf «freiwillige Massnahmen» setzen, um «die Unternehmen dazu zu bewegen, ihre Verantwortung wahrzunehmen».

Dass das nicht reicht, liegt auf der Hand. Die von uns – sowie von der Schweizer Justiz – zum Vorschein gebrachten Fakten deuten darauf hin, dass Korruption zum Geschäftsmodell einer der grössten Schweizer Handelsfirmen gehört. Und sie zeigen auch, dass die Trader allzu oft den Rohstoff Lüge einsetzen, um die politische Forderung nach Regulierung ihrer Aktivitäten zu unterdrücken. Zur Bekämpfung dieses spezifischen Aspekts des Rohstofffluchs geben wir Ihnen gerne folgenden Rat auf den Weg: Glauben Sie nie einer Rohstofffirma aufs Wort.

Lesen Sie unsere **Recherche zu «Gunvor im Kongo»** online nach oder bestellen Sie die Sondernummer unseres Magazins: www.gunvorimkongo.publiceye.ch



Gunvor in den Schlagzeilen

In der Schweiz, in Frankreich und andernorts hat unser Bericht ein beträchtliches Medienecho ausgelöst. Le Monde bezeichnete die Skandale im Zusammenhang mit «Gunvors Durchbruch im Kongo» als «Paradebeispiel für die korrupten Praktiken westlicher Unternehmen in Afrika». In Brazzaville verlangte die Koalition Publish What You Pay «die Eröffnung einer Untersuchung all dieser Korruptions- und Unterschlagungsfälle» und erinnerte daran, dass den Kongolesinnen und Kongolesen durch solche Praktiken wichtige Einnahmen entgingen. Unlängst hat der Internationale Währungsfonds die wahre Höhe der exorbitanten Staatsverschuldung der Republik Kongo (120 Prozent des Bruttoinlandproduktes) enthüllt, die teilweise durch die undurchsichtigen Erdölgeschäfte mit Schweizer Handelsfirmen verschleiert wurde. Unterdessen bereichert sich der Clan an der Macht mit der Unterstützung grosser Konzerne weiter.



Den Oligarchen auf den Fersen

Agathe Duparc, Journalistin bei der Onlinezeitung Mediapart, hat zusammen mit Public Eye die Abenteuer der Genfer Ölhandelsfirma Gunvor im Kongo recherchiert. Die Expertin für Russland und für Finanzkriminalität kooperiert gerne mit einer NGO – solange es ihrem Ziel dient, Druck auszuüben.

TEXT: MARC GUÉNIAT

«Ich habe gerade Nudeln auf dem Herd.» So endete das erste und einzige Telefongespräch, das Agathe Duparc und Gennadi Timtschenko je geführt haben; abrupt, aber freundlich. Wir sind im Jahr 2003, und vor Kurzem ist der russisch-finnische Oligarch in die Schweiz umgesiedelt, weil die von ihm mitgegründete Firma Gunvor ihren Sitz in Genf eröffnet hat. Während in seiner Villa im Genfer Vorort Cologny die Nudeln köcheln, hat Timtschenko offensichtlich herzlich wenig Lust, auf die Fragen der Journalistin – etwa zu seiner vermuteten Vergangenheit im sowjetischen Geheimdienst KGB – einzugehen.

«Dank ein paar Kontakten»

Zu dieser Zeit ist Timtschenko hierzulande noch vollkommen unbekannt. Agathe ist die erste, die sich – damals für das Westschweizer Wochenmagazin L'Hebdo – für

ihn interessiert. Russische Oppositionelle haben ihr ein unscharfes Foto dieses Mannes gegeben, der dem engen Umfeld von Präsident Putin angehören soll. Dank «ein paar Kontakten in der Welt des Erdöls» sei ihr klar geworden, «dass sich in der Branche alle Fragen stellen zur Niederlassung dieser Firma in Genf» erinnert sich Agathe heute. «Man sagte dem Unternehmen einen wirtschaftlichen Höhenflug voraus.»

Und genau so kommt es: Zwei Jahre später wird das Ölimperium des Oligarchen Michail Chodorkowski zerschlagen und den staatlichen Energiegiganten Gazprom und Rosneft einverleibt. Und Gunvor wird dazu auserwählt, Millionen Barrels russischen Öls zu handeln. Die Firma erlebt einen rasanten Aufstieg, Timtschenko baut sich ein riesiges Vermögen auf. Wenn die Medien seinen Erfolg mit seiner Nähe zu Putin in Verbindung bringen, zeigt sich der Mann jedoch äusserst empfindlich.

Er schreckt nicht davor zurück, gegen sie vor Gericht zu gehen oder zu neugierige Journalistinnen und Journalisten in Misskredit zu bringen – Agathe hat dies ebenso erlebt wie der Autor dieser Zeilen.

«Egal, ob ich abgestempelt werde»

Im September hat Public Eye den Bericht «Gunvor im Kongo» veröffentlicht, an dessen Recherche Agathe wesentlich beteiligt war. Andere Medienschaffende hätten eine solche Zusammenarbeit mit einer NGO wohl abgelehnt, aus der Befürchtung, ihre Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Sie nicht. Die Gunvor-Recherche sei für sie «eine grosse Genugtuung», sagt Agathe. «Kein Medium hätte sie in einer solchen Tiefe abgedruckt.» Es werde immer schwieriger, den Job als Journalistin zu machen, ohne mit NGOs zusammenzuarbeiten. «Mir ist egal, ob ich abgestempelt werde, denn ich schreibe Artikel nicht, um jemandem zu gefallen. Ich will Druck ausüben, gegen Straflosigkeit ankämpfen, das Maximum herausholen.»

Agathe arbeitet beim französischen Onlinemagazin Mediapart, das Nicolas Sarkozy einst als «Brutstätte im Dienste der Linken» bezeichnete. Sie fühlt sich wohl dort. «Wir verfügen über eine grosse Unabhängigkeit, und bei uns wird viel in die Recherche investiert. Das ist ideal», sagt sie. Mediapart finanziert sich aus Abonnements, Werbung gibt es nicht. Eine in der heutigen Zeit geradezu anachronistische Positionierung – die bislang funktioniert. In ihrer fast dreissigjährigen Karriere hat Agathe den Personalabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Journalismus unmittelbar miterlebt. Mehrere Zeitungen, für die sie schrieb, verschwanden von der Bildfläche.

Anfang auf der Geburtsstation

Durch Agathes Werdegang ziehen sich verschiedene, immer wieder ineinander verwobene rote Fäden: Russland, Finanzkriminalität und Rechercharbeit. Ihr Interesse für Russland weckten zwei aufeinanderfolgende Aufenthalte in Moskau Ende der 1980er-Jahre. Während ihres zweiten Aufenthalts habe sie «praktisch keinen Fuss» in die journalistische Fakultät gesetzt, sagt sie, weil sie lieber «über die Stränge» geschlagen und in der Filmszene verkehrt habe. Während die UdSSR einstürzt, bereist Agathe die baltischen Staaten, sie ist bei der Wahl der Volksdeputierten der Sowjetunion ebenso zugegen wie bei Boris Jelzins Aufstieg kurz nach dem Berliner Mauerfall. Doch während sich vor ihren Augen ein tiefgehender Wandel der Geopolitik des 20. Jahrhunderts vollzieht, kümmert sich Agathe vorerst um fassbarere Themen. Ihre erste Reportage schreibt sie über eine Geburtsstation. «Da begann mich der Journalismus zu interessieren.»

Nach ihrer Rückkehr nach Frankreich wird die fließend russisch sprechende Journalistin von der soeben gegründeten französischen Wochenzeitschrift *Courrier*



Marc Guéniat und Agathe Duparc haben gemeinsam zu Gunvors Geschäften recherchiert.

© Mark Henley

international angestellt. Doch Agathe wird es in ihrem Pariser Büro bald zu eng: «Während wichtige Ereignisse wie der Aufstand in Litauen oder der verfehlte Augustputsch von 1991 in Moskau stattfanden, erhielt ich die russische Presse mit einer Verspätung von vier oder fünf Tagen», erinnert sie sich. 1992 lässt sie sich in Moskau nieder und schreibt fortan für verschiedene französische Zeitungen.

Als Putin kam, ging sie

An Themen mangelt es in diesen wilden Jahren nicht. Während der Westen seinen ideologischen Sieg auskostet, nimmt im ehemaligen kommunistischen Imperium die Mafia überhand; es wird radikal privatisiert, ehemalige KGB-Mitglieder bereichern sich. 1993 befindet sich Russland am Rande des Bürgerkriegs, Jelzin lässt schliesslich gar das Parlament beschliessen. Während der Westen diese Machtdemonstration mehrheitlich begrüsst, riskiert Agathe bei den Auseinandersetzungen auf der Strasse ihr Leben. «Ich war eine der wenigen, die diesen Gewaltakt kritisierten», erinnert sie sich.

In diesen Zeiten habe zwar «absolute Straflosigkeit» für die Mächtigen geherrscht, sagt sie, doch immerhin seien Verfehlungen öffentlich gemacht worden, eine gewisse Pressefreiheit habe es gegeben, «über ihre Gartenpartys hatten wir Zugang zu den Oligarchen». Mit Wladimir Putins Machtübernahme 1999 habe sich die Lage schlagartig geändert. «Alles wurde rasch abgeschottet. Moskau wurde zur Hölle. Ich habe Russland nicht mehr ausgehalten.»

Agathe verliess Russland wieder, doch dieses lässt sie bis heute nicht los, liefert weiterhin Stoff für ihre Artikel – sei es über die Finanzierung des Front National durch eine Moskauer Bank oder über die Zankelei, die sich ein Genfer Kunsthändler und der russische Chef des AS Monaco vor Gericht liefern. Eine Arbeit, die selten weit weg ist von den Themen, mit denen sich auch Public Eye beschäftigt.

WTO: Ärmere Länder drohen wieder übergangen zu werden

Industrieländer drängen im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz auf die Aufnahme von neuen Verhandlungsthemen und ignorieren einmal mehr die Anliegen der ärmeren Länder. Diese wehren sich vehement gegen eine Ausweitung der WTO-Agenda. Unterstützt von der globalen Zivilgesellschaft fordern sie zuerst eine Lösung im Agrardossier, das für ihre Entwicklungschancen existenziell ist.

TEXT: THOMAS BRAUNSCHWEIG

Er denke nicht, dass die bevorstehende Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO zu einem Verhandlungsergebnis führen werde, meinte jüngst der US-Handelsvertreter Robert Lighthizer. In Anbetracht der wiederholten Attacken Donald Trumps gegen die WTO kann diese Aussage kaum erstaunen. Aber sie zeigt doch, wie schlecht die Vorzeichen dafür stehen, dass die seit Jahren dahindümpelnden Verhandlungen der Doha-Runde endlich erfolgreich abgeschlossen werden. Wir erinnern uns: In den offiziell als «Doha-Entwicklungsagenda» bezeichneten WTO-Verhandlungen hat der reiche Norden dem Globalen Süden im Jahr 2001 versprochen, dessen Entwicklungsbedürfnisse prioritär zu behandeln. Insbesondere sollten die milliardenschweren Landwirtschaftssubventionen in den Industrieländern zurückgefahren und den ärmeren Ländern der notwendige Handlungsspielraum zugestanden werden, um ihre Entwicklung voranzutreiben und die Ernährungssicherheit ihrer Bevölkerung zu verbessern.

Inländische Produktion schützen

Konkret fordern die armen Länder, neben einer massiven Reduktion der handelsverzerrenden Landwirtschaftssubventionen, dass ihnen erlaubt wird, im Falle eines plötzlichen Importanstiegs von Nahrungsmitteln Massnahmen ergreifen zu können, um die inländische Produktion zu schützen. Damit könnten sie nicht nur ihre Ernährungssicherheit erhöhen, sondern auch die ländliche Entwicklung fördern und die Lebensgrundlage ihrer Bauern und Bäuerinnen verbessern. Mit demselben Ziel verlangen sie eine dauerhafte Lösung für die staatliche Lagerhaltung von Nahrungsmitteln. Diese von vielen armen Ländern angewandte Politik verstösst heute oft gegen geltende WTO-Regeln, weil die Regierungen ihren Produzentinnen und Produzenten einen garantierten Mindestpreis bezahlen, um die Nahrungsmittel anschliessend günstig an Bedürftige abzugeben.

Souveränität gefährdet

Doch nun, im Vorfeld der elften Ministerkonferenz, die Mitte Dezember in Buenos Aires stattfindet, scheinen einmal mehr die Anliegen der Industrieländer im Mittelpunkt

zu stehen. Und diese haben kein Interesse an der dringend notwendigen Neugestaltung der globalen Landwirtschaftsregeln, die ihnen und dem Agrobusiness immer gut gedient haben. Stattdessen drängen sie auf eine post-Doha-Agenda. Statt also endlich ihre Versprechen einzulösen, ventilieren sie im Wochenrhythmus Verhandlungsvorschläge zu neuen Themen für die Ministerkonferenz.

Ganz oben auf ihrer Agenda – und der Wunschliste der grossen Technologiekonzerne – stehen Regeln für den Onlinehandel. Ebenfalls auf der Prioritätenliste stehen Verhandlungen über nationale Regulierungen bzw. deren Beseitigung beim Handel mit Dienstleistungen. So fordert ein von der Schweiz mitgetragener Vorschlag eine sogenannte «Notwendigkeitsprüfung» für Massnahmen, die Regierungen im öffentlichen Interesse ergreifen. Die Gruppe der afrikanischen Länder wehrt sich heftig gegen solche Ansinnen. In einer Eingabe an die WTO-Arbeitsgruppe «Nationale Regulierung» schreibt sie: «Dies würde unser Recht, Regulierungen im Interesse legitimer ordnungspolitischer Ziele vorzunehmen, erheblich einschränken.»

Reform wäre dringend nötig

Public Eye gehört zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs an die WTO-Mitglieder, der von 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus über 150 Ländern mitgetragen wird. Darin werden die Handelsdelegierten daran erinnert, dass die bisherige Globalisierung massive Ungleichheiten und bei Weitem zu viele Verliererinnen und Verlierer produziert hat – und die globalen Handelsregeln dafür mitverantwortlich sind. Diese müssten dringend reformiert werden, damit alle Länder faire Entwicklungschancen erhalten und alle Menschen von den Früchten der Globalisierung profitieren können.

Zum Jubiläum: Public Eye unter- stützt Recherchen



Seit 1968 kämpft Public Eye gegen Ungerechtigkeiten, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Ob dreckiger Diesel in Ghana, ethisch bedenkliche Medikamententests in Ägypten oder Schmiergeldzahlungen für kongolesische Öllieferungen: Wir decken illegitime und illegale Praktiken von Schweizer Unternehmen auf und schauen hin, wenn Menschen für deren Profit leiden müssen.

Unser 50-Jahr-Jubiläum im kommenden Jahr wollen wir zum Anlass nehmen, um mit 20 000 Franken ein oder maximal zwei Rechercheprojekte zu unterstützen, die in jenen Ländern ansetzen, wo die Rechte von Menschen durch verantwortungslose Konzerne verletzt werden. Denn wer könnte Ungerechtigkeiten besser bezeugen als jene, die dort leben oder dorthin gehen, wo sie geschehen?

Bis am 31. Januar 2018 können uns interessierte Journalistinnen, Journalisten und Mitarbeitende von NGOs einen Projektantrag für eine Recherche einreichen, die problematische Aktivitäten eines Schweizer Unternehmens in einem Entwicklungs- oder Schwellenland zum Thema hat – von Menschenrechtsverletzungen über Umweltverschmutzungen bis zu Korruptionsfällen und illegitimen Finanzgeschäften. Die Recherchearbeit wird durch eine Crowdfunding-Kampagne finanziert und an einem öffentlichen Anlass präsentiert. Bitte weitersagen!

Erfahren Sie mehr unter: www.publiceye.ch/50



Saraha Traumschuhe

«Wow! Hey, mega cool!» So reagierte die Studentin Sarah beim ersten Blick auf ihre einzigartigen Schuhe. Über 3000 Personen hatten auf dem von Public Eye ins Leben gerufenen «Shoe Creator» ihren Traumschuh entworfen, Saraha Unikat war zum Gewinnermodell erkoren worden. Zusammen mit einem bunten Team machte sich Public Eye auf, diesen Schuh möglichst fair herzustellen. Einfach war das nicht, doch wir haben viel gelernt.

Verschaffen Sie sich Einblick in die Realitäten in der europäischen Schuhindustrie unter www.schuhe.publiceye.ch. Und schauen Sie unter www.publiceye.ch/schuhfilm nach, wie Saraha Schuhe entstanden sind.

Mitgliederbeitrag neu 75 Franken

Die Beiträge unserer Mitglieder verschaffen unserer Organisation die Unabhängigkeit, sich für jene Themen einzusetzen, die ihr am dringendsten erscheinen. An unserer Generalversammlung vom 20. Mai haben wir nun ohne Gegenstimme – bei sieben Enthaltungen – entschieden, unseren Mitgliederbeitrag ab 2018 zum ersten Mal seit 2006 anzupassen: von heute 60 Franken auf neu 75 Franken. Dies soll uns die Mittel verschaffen, um die Tiefe unserer Recherchen zu gewährleisten und mit unseren Kampagnen weiter Wirkung zu erzielen.

Für Jugendliche unter 27 Jahren beträgt der Mitgliederbeitrag nach wie vor 30 Franken. Personen, die über ein niedriges Einkommen verfügen, können auf Anfrage ebenfalls weiterhin von der vergünstigten Mitgliedschaft profitieren.

Sinnvolle Geschenke

Sind Sie auf der Suche nach
einer originellen Geschenkidee
für Weihnachten?

Dann füllen Sie den
Gymbag von Public Eye

...mit einem Exemplar des Kochbuchs
«Gemüseküche für Herbst und Winter»,
mit dem Buch «Konzerne unter Beobach-
tung» von Markus Mugglin, mit einer
oder mehreren Spezialausgaben unseres
Mitgliedermagazins oder

... am besten mit einer
Geschenkmitgliedschaft.

Verschenken Sie eine reguläre Public Eye
Mitgliedschaft für 75 Franken oder eine
Jugendmitgliedschaft (bis 27 Jahre) für
30 Franken an jemanden, den Sie gern haben.
Die oder der von Ihnen Beschenkte erhält
jährlich fünf Ausgaben unseres Magazins
mit exklusiven Recherchen und informativen
Artikeln. Und Sie ermöglichen es uns, weiter
aktiv zu werden und unabhängig zu bleiben.

Füllen Sie bitte die beigelegte Antwortkarte
aus oder besuchen Sie unsere Website
www.publiceye.ch/schenken

Frohe Festtage!



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

🐦 @publiceye_ch 📘 www.facebook.com/publiceye.ch 📷 @publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

🌐 Erklärung von Bern